

Ministerin: Kinderschutz geht vor Datenschutz der Eltern

Podiumsdiskussion Bayerns Justizministerin Beate Merk fordert längeren Arrest für jugendliche Intensivtäter. Lücken bei nachträglicher Sicherungsverwahrung schließen

VON NIKO STEEB

Gersthofen Härtere Strafen und Maßnahmen gegen Sexualverbrecher und jugendliche Straftäter, darin waren sich am Ende alle einig. Prominenter Gast der Podiumsdiskussion über Kinder- und Opferschutz war Bayerns Justizministerin Beate Merk. Organisiert wurde die Veranstaltung vom Verein Sichereres Leben. 60 Zuhörer kamen Mittwochsabend ins Rathaus Gersthofen.

Moderator war Frank Arloth, CSU-Stadtrat in Gersthofen und Leiter der Abteilung Justizvollzug im bayerischen Justizministerium. Seine Chefin Beate Merk sah deutliche Lücken in der 2004 beschlossenen nachträglichen Sicherungsverwahrung, die schnell geschlossen werden müssten. Hierbei wollte sie sich aber nicht in Details verlieren. Außerdem forderte sie höhere Strafen für 18- bis 20-jährige Intensivtäter, für die künftig teilweise das Erwachsenenstrafrecht gelten solle.

Es geht nicht nur um höhere Strafen, sondern um Sühne

Dabei interessiert es Beate Merk nicht nur, ob höhere Strafen abschreckend sein müssen: „Viele sagen: Höhere Strafen bringen nichts. Aber es geht auch um Sühne.“ Gleichzeitig betonte sie, dass der beste Schutz für die Bevölkerung



Podiumsdiskussion um Kinder- und Opferschutz im Rathaus Gersthofen (von links): Frank Arloth, Franz-Joseph Freisleder, Gabriele Schmidhals-Pluta, Beate Merk und Hermann-Josef Borjans.
Foto: Niko Steeb

eine Heilung der Täter sei. Zudem müssten auffällige Kinder früher aus Familien herausgenommen und in betreute Einrichtungen gebracht werden können.

Zustimmung erhielt sie vom Psychiater Franz-Joseph Freisleder. Er fügte an: „Familiengerichte können in das Sorgerecht eingreifen.“ Dazu „müssen Ärzte ihre Schweigepflicht brechen“, wenn ein Kind auffällig werde. Unterstützt wurde er von Hermann-Josef Borjans, Leiter des Kommissariats Vorbeugung Bonn:

„Kinderschutz kommt vor Datenschutz!“

Borjans berichtete vom Projekt „Riskid“, bei dem 20 Ärzte eine Sammeldatei mit Verdachtsmomenten angelegt hatten, die allen Beteiligten offenstand. So sollte bei Verdacht auf Misshandlung ein Weiter-springen der betroffenen Eltern zu anderen Ärzten unterlaufen werden. Die Datei aber sei illegal und dürfe nicht mehr weiterbetrieben werden – zum Unmut für Bayerns höchste Vertreterin der Justiz: „Der Daten-

schutz der Eltern ist nicht so wichtig wie Kinderschutz.“

Beate Merk und Jugendpsychiater Freisleder forderten weiter, dass Eltern ihre Kleinkinder „wenigstens ein Mal im Jahr“ verpflichtend untersuchen lassen sollten. Was man gegen Amokläufe tun könne, beantwortete Kommissar Hermann-Josef Borjans. Wenn man sehe, dass sich ein Schüler abgrenze oder „seltsame Kleidung“ trage, sollten sich alle zusammenschließen: Schüler, Lehrer, Schulleitung und Jugendamt. Die Infos sollten dann weitergegeben und darauf überprüft werden, ob es in der Familie Waffen gäbe.

Verbot von sogenannten Killerspielen gefordert

Die Beteiligten an der Diskussion um Kinder- und Opferschutz forderten zudem ein Verbot von sogenannten Killerspielen und die Aufnahme von sämtlichen Sexualdelikten in das Führungszeugnis. Hier flüsterte der Moderator Arloth der Justizministerin das passende Stichwort ein. Beate Merk setzte sich für einen viermonatigen Arrest für jugendliche anstelle des bisher dreiwöchigen ein. Am Ende lobte die Vorsitzende von Sichereres Leben, Gabriele Schmidhals-Pluta, die CSU-Frau Beate Merk: „Die Zeit ist von Wahlkampf geprägt, dennoch setzen Sie hier ein Zeichen!“